

**Massenhafter Protest gegen Güterzüge durch Ostholstein**

*Etwa 400 Zuhörer aus allen Teilen des Kreises Ostholstein kamen in die Christian-Klees-Sporthalle nach Scharbeutz.*

*Foto: Christina Düvell-Veen*

**Scharbeutz - 400 Ostholsteiner kamen zur Informationsveranstaltung der Haffkruger Bürgerinitiative nach Scharbeutz.**

Etwa 400 Menschen aus ganz Ostholstein warteten geduldig auf eine Antwort auf die Frage „Ist der Güterbahnverkehr durch die Badeorte der Lübecker Bucht noch zu verhindern?“ Eingeladen von der Haffkruger Bürgerinitiative „Kein Güterbahnverkehr durch die Badeorte der Lübecker Bucht“ verfolgten sie aufmerksam das, was die Vertreter von Kreis, Kommunen und Landesregierung auf dem Podium zur festen Fehmarnbeltquerung und besonders zur Hinterlandanbindung der Bahn zu sagen hatten. Am Ende der zweieinhalbstündigen Veranstaltung in der Scharbeutzer Sporthalle gingen viele mit der Antwort „Vielleicht!“ nach Hause.

Udo Hahn, Sprecher der Ende Juli gegründeten und mittlerweile 666 Mitglieder zählenden Bürgerinitiative, sagte eingangs der Veranstaltung: „Wir lassen uns unsere Menschenwürde nicht nehmen“, und er kündigte an: „Unsere Proteste werden wir derart steigern, dass Stuttgart 21 so wirkt wie eine Prozession von Messdienern.“

Weitaus zurückhaltender reagierten die Vertreter auf dem Podium, also Staatssekretär Dr. Frank Nägele aus dem Kieler Wirtschafts- und Verkehrsministerium, Bürgermeisterin Hatice Kara (SPD) aus Timmendorfer Strand, ihre Amtskollegen Volker Owerien (parteilos) aus Scharbeutz und Bodo Willert (Freie Wählervereinigung) aus Sierksdorf sowie Ostholsteins Landrat Reinhard Sager (CDU).

Befragt von der Moderatorin Ulrike Pennings aus Ratekau äußerten sie sich zu den von der Bahn vorgelegten Gutachten, sie beschrieben ihre Erwartungen an das Raumordnungsverfahren und warben um die Mitarbeit der Bevölkerung.

Wenn das Raumordnungsverfahren beginne, so Pennings, hätten alle Gemeinden sechs Wochen Zeit, sich zu äußern. Sie befürchtet: „Die Bahn plant eine Billigvariante“, und meinte damit den Ausbau der Bestandstrasse. Dies, so Landrat Sager, dürfe nicht passieren. Durch eine breite Bürgerbeteiligung müsse erreicht werden, dass der Güter- sowie der Personenfernverkehr weit entfernt von den Ostseebädern verlaufe, dass aber die Trasse für den Personennahverkehr bleibe. Sager beschrieb damit die „2+1-Trasse“.

Diese Variante, so Staatssekretär Dr. Nägele, habe einen „gewissen Charme“. Er sei sich sicher, dass die Raumordnungsbehörde auch jenseits der bereits vorliegenden Varianten weitere Vorschläge, die von Kommunen eingereicht werden, prüfen werde. Sein Appell: „Nutzen Sie die sechs Wochen für eine kluge Auseinandersetzung.“

Der Scharbeutzer Bürgermeister Volker Owerien hat bei der Lektüre der Gutachten, die aus 14 Bänden zu je 800 Seiten bestehen, unbestimmte Rechtsbegriffe wie „besonders betroffene Bereiche“ oder zusammenhängende Wohngebiete“ ausgemacht. Zudem vermisse er jegliche wirtschaftliche Betrachtung, also Angaben darüber, welche Schäden es für den Tourismus sowie für die Bürger durch den Werteverlust ihrer Grundstücke gebe, wenn der Güterverkehr durch die Orte fahre.

Auch Bürgermeisterin Hatice Kara warnte vor einer Zerschneidung der Ortschaften. „Wir müssen als ein Sprachrohr auftreten und auf Augenhöhe mit der Deutschen Bahn sprechen“, forderte sie daher alle Verantwortlichen auf.

Der Sierksdorfer Bürgermeister Bodo Willert erneuerte sein klares „Nein“ zur Festen Fehmarnbeltquerung und versicherte, er werde sich sofort jeder Bürgerinitiative anschließen, die zusätzlichen Betrieb auf der Bestandstrasse verhindern wolle. Landrat Sager sicherte unter dem Beifall der Anwesenden zu: „Wenn keine raumverträgliche Trasse kommt und wenn der Güterverkehr auf der Bestandstrasse fließen soll, werde ich alles tun, um dagegen zu kämpfen.“

Staatssekretär Dr. Nägele ließ wissen: „Sie können von uns erwarten, dass wir die Interessen der Menschen in der Region im Auge haben.“ Und genau das wollte Ratekaus stellvertretende Bürgermeisterin Corina Harnack, eine von mehreren Diskussionsteilnehmerinnen aus dem Publikum, nicht glauben. „Bei uns sind 10 000 Bürger betroffen, und auch wir haben eine Menschenwürde. Sind wir Menschen zweiter Klasse?“, fragte sie angesichts der Aussicht, dass bäderferne Trassen direkt durch die Gemeinde Ratekau gelegt werden.

Von Christina Düvell-Veen

Quelle im Internet: <http://www.ln-online.de/nachrichten/3587341>

© 2010 www.ln-online.de